

Aufwärts mit Deutschland Jetzt den Aufschwung wählen

Der Aufschwung beginnt — Eine Dokumentation

Mit der Sozialen Marktwirtschaft hat die CDU/CSU vor rund 30 Jahren eine Ordnung geschaffen, die die Menschen unseres Landes zu Wohlstand brachte, ihnen gleichzeitig soziale Sicherheit in zunehmendem Maße gab und unser Land zu einer der stärksten Handelsnationen in der Welt machte. Als im Jahr 1969 die SPD die Regierungsverantwortung von der Union übernommen hat, waren die Arbeitsplätze sicher, die Staatsfinanzen geordnet und die soziale Sicherheit gewährleistet.

Dieses Kapital wurde verwirtschaftet. 13 Jahre SPD-geführter Regierungen — die Folgen dieser Politik sind bekannt: Massenarbeitslosigkeit, sozialer Abstieg, Firmenzusammenbrüche, zerrüttete Staatsfinanzen und Inflation. Sozialisten können eben mit dem Geld der Bürger nicht umgehen und verstehen nichts von der Wirtschaft.

Der ehemalige SPD-Wirtschafts- und Finanzminister Prof. Karl Schiller hat diese Entwicklung schon Anfang der 70er Jahre vorausgeahnt. In seinem Kündigungsbrief vom 30. September 1972 an den damaligen Bundeskanzler Brandt erklärte er:

„Ich bin nicht bereit, dann womöglich noch von einem Amtsnachfolger gleicher oder anderer Couleur in einer neuen Regierung als Hauptschuldner für eine große sogenannte ‚Erblast‘ haftbar gemacht zu werden.“

Und so sieht die Erblast in Zahlen aus:

1. Gesamtwirtschaftliche Eckdaten	1969	1982
Reale Investitionsquote der Volkswirtschaft in Prozent	25,8	knapp 20
dar. priv. Investitionen	21,8	rund 16
staatl. Investitionen	4,0	rund 3,5
Preissteigerungsrate für Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Prozent	+ 1,9	+ 5,3
Firmenzusammenbrüche	2 500	15 000
Arbeitslose in Tausend } jeweils	192	2 223
Arbeitslosenquote in Prozent } Ende Dezember	0,9	9,1

2. Eckdaten der öffentlichen Finanzwirtschaft

Schuldenstand der öffentlichen Hand (ohne Bahn und Post)		
— in Milliarden DM	115,8	608
— in DM je Erwerbstätigen	4 415	23 800
— in Prozent des Bruttonsozialprodukts	19,4	38
— Schuldenstand des Bundes in Mrd. DM	45,2	308,5
Zinsausgabenquote im Bundeshaushalt in Prozent	2,7	über 9
Staatsanteil in Prozent	39	50
Abgabengquote in Prozent	37,4	42,5
Abgabengbelastung der Arbeitnehmereinkommen in Prozent		
— durchschnittl. Belastung	26	rund 34
— zusätzliche Belastung je 100 DM Mehr- einkommen	31	51,5

Nur eine Umkehr zu wirtschaftlicher Stabilität, zu solider finanzieller und zielgerichteter Sozialpolitik kann die Folgen der Fehlentwicklungen der siebziger Jahre wieder gutmachen, mit dem Raubbau zu Lasten der kommenden Generation aufhören, Arbeitsplätze schaffen und die wirtschaftliche Talfahrt beenden.

Die Regierung Helmut Kohl hat diesen neuen Anfang in der Politik gemacht und die Weichen für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und soziale Sicherheit gestellt.

Die Erblast einer 13jährigen verfehlten SPD-Politik lässt sich nicht in 5 Monaten in Ordnung bringen. Doch unsere Bilanz kann sich schon heute sehen lassen! Erste Erfolge werden sichtbar:

- die Bürger und die Wirtschaft fassen wieder Vertrauen;
- die Sparmaßnahmen der Bundesregierung tragen erste Früchte;
- der wirtschaftliche Aufschwung hat begonnen.

Die Bürger und die Wirtschaft fassen wieder Vertrauen

■ Die Bürger haben Vertrauen zur Regierung Helmut Kohl

Aus einer Emnid-Umfrage wissen wir: Die Zufriedenheit mit der Regierung wächst. Sie liegt jetzt um rd. 20 Prozent höher als im September 1982, als die SPD noch an der Regierung war.

■ Immer mehr Bürger sehen mit Zuversicht in die Zukunft

Nach Umfragen des Instituts für Demoskopie (IfD) Allensbach erklärten sich im Januar 1983 wieder 41 Prozent der Befragten als zuversichtlich. Das sind erheblich mehr als noch im Dezember 1982 (34 Prozent). Nach Ansicht des IfD ist damit der Abwärtstrend „auf geradezu sensationelle Weise in einen Aufwärtstrend verwandelt worden“.

■ Die zukünftige Wirtschaftsentwicklung wird wieder positiver eingeschätzt

Emnid meldet vom September 1982 bis zum Januar 1983 einen Anstieg des Wirtschaftsoptimismus um 30 Prozent.

■ Das Geschäftsklima hat sich in den meisten Bereichen der Wirtschaft merklich gebessert

Dies besagt der Ifo-Konjunkturtest vom Dezember 1982. Das Ifo-Konjunkturbarometer ist seit dem Tiefpunkt im Oktober 1982 um zehn Punkte gestiegen. Das heißt: Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft nimmt zu. Erste wirtschaftliche Fakten stützen dieses positive Stimmungsbild: Allein im Dezember 1982 hat sich der Auftragseingang in der Industrie um drei Prozent erhöht.

■ Die Investitionsbereitschaft nimmt deutlich zu

Vor allem mittelständische Unternehmen wollen wieder verstärkt investieren. Nach einer Umfrage der Vereinigung Mittelständischer Unternehmen wollen 80,9 Prozent aller Betriebe mehr investieren.

Der Anteil jener Mittelständler, die ihre Investitionsentscheidung von dem Wahltermin am 6. März 1983 abhängig machen, ist nach dieser Umfrage relativ hoch: fast 40 Prozent (dpa v. 14. Dezember 1982).

Seit dem Regierungswechsel im Oktober 1982 hat sich das wirtschaftliche und politische Klima nachhaltig verbessert. Das zeigt das Urteil des Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schnitker:

„Die von der neuen Bundesregierung vollzogene Weichenstellung in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik und ihr Eintreten für Arbeit, Fleiß und Leistung eröffnet neue Perspektiven und Hoffnungen für das Handwerk, aus denen unsere Betriebe Mut und Zuversicht schöpfen.“ (Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft vom 21. Dezember 1982)

Die Sparmaßnahmen der Bundesregierung tragen erste Früchte

Die Mark gewinnt an Wert

Die solide und sparsame Haushaltspolitik der Regierung Helmut Kohl hat bewirkt:

Der Außenwert der DM ist in den vier Monaten seit der Regierungsübernahme merklich gestiegen: Im Verhältnis zu den wichtigsten Handelspartnern der Bundesrepublik Deutschland um gut 3 Prozent; auch gegenüber dem US-Dollar.

- Das heißt: Die DM ist mehr wert, und wer im Ausland Urlaub macht, wird dies schnell feststellen können. Er bekommt mehr ausländisches Geld für seine DM.
- Ein höherer Wert der DM gegenüber dem US-Dollar verbilligt das Öl für die Bundesrepublik. Denn wir müssen gut 90 Prozent unseres Ölbedarfs aus dem Ausland importieren und in US-Dollar bezahlen.
- Erstmals seit drei Jahren ist die deutsche Leistungsbilanz mit dem Ausland im Jahr 1982 wieder positiv. In den vorangegangenen drei Jahren wies die Bundesrepublik Deutschland zeitweilig das höchste Defizit aller westlichen Industrieländer auf:

1979: — 10,96 Mrd. DM
1980: — 29,54 Mrd. DM
1981: — 16,58 Mrd. DM
1982: + 7,5 Mrd. DM.

Dies ist auf die Entwicklung in den letzten Monaten des Jahres 1982 zurückzuführen. Allein im Dezember 1982 gab es einen Überschuß in der Leistungsbilanz von 5,3 Mrd. DM.

Die Zinsen fallen

Die solide und sparsame Haushaltspolitik der Regierung Helmut Kohl hat bewirkt:

Die Deutsche Bundesbank konnte die Leitzinsen, den Diskontsatz und Lombardsatz zweimal senken; den Lombardsatz von 8 Prozent auf 6 Prozent, den Diskontsatz von 7 Prozent auf 5 Prozent. Die Kreditinstitute haben nachgezogen und z. B. ihre Zinsen für Dispositions- und Ratenkredite sowie für Hypothekendarlehen verbilligt.

Niedrige Zinsen bedeuten:

- Für fast 400 000 Sozialmieter gehen die Mieten runter — bis zu 80 Pfennig pro Quadratmeter. Das macht je nach Finanzierung und Größe der Wohnung bis zu 60 DM im Monat weniger Miete. Hausbesitzer und Wohnungsbaugesellschaften zahlen weniger für ihre Hypotheken. Sie müssen diese Kostensenkung voll an die Mieter weitergeben. So wollen z. B. die GESOBAU (Berlin) für 9 138 Wohnungen, die GEHAG (Berlin) für 14 000, die GWG (München) für 3 500 und die Neue Heimat in München für 1 500 Wohnungen die Mieten senken.
- Der Bau eines Eigenheimes wird billiger. Betragen die Gesamtbaukosten 500 000 DM und liegt die Fremdfinanzierungsquote bei 80 Prozent, dann führt die Senkung der Zinsen um 2 Prozentpunkte zu Kosteneinsparungen von jährlich 8 000 DM. Das ist eine monatliche Entlastung von 666 DM. Bei Gesamtbaukosten von 350 000 DM — wie sie dem Durchschnitt entsprechen — betragen die Kostenentlastungen 5 600 DM im Jahr oder monatlich 466 DM.
- Persönliche Kredite werden billiger. Das schafft mehr Nachfrage nach Gütern des täglichen Lebens. Die Anschaffung von Autos, die überwiegend auf Kredit gekauft werden, wird erleichtert. Dies gilt auch für Urlaubsreisen, Möbel und andere höherwertige Gebrauchsgüter, wenn sie mit Krediten finanziert werden.
- Privaten Investoren wird es leichter, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Zwei Prozent weniger Zinsen bringen dem Bürger und der Wirtschaft zwischen 14 und 16 Mrd. DM.

Die Preise werden stabiler

Die solide und sparsame Haushaltspolitik der Regierung Helmut Kohl hat bewirkt:

Erstmals seit fast vier Jahren sind die Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik Deutschland um weniger als 4 Prozent angestiegen: im Januar 1983 lag die Preissteigerungsrate bei 3,9 Prozent. Zum letzten Mal lag der Wert im Juni 1979 unter 4 Prozent.

Allein seit dem Regierungswechsel ist der Preisanstieg um einen ganzen Prozentpunkt zurückgegangen.

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

1979:	4,1 %
1980:	5,5 %
1981:	5,9 %
1982:	5,3 % (im Jahresdurchschnitt)

Oktober 1982: 4,9%
November 1982: 4,7%
Dezember 1982: 4,6%
Januar 1983: 3,9%

Auch im Jahresverlauf 1983 wird beim Anstieg der Verbraucherpreise mit einer Drei vor dem Komma gerechnet (Jahreswirtschaftsbericht 1983).

Stabilere Preise heißen:

- mehr reale Kaufkraft; die Hausfrauen werden das beim Einkaufen schnell merken,
- steigende Absatzchancen im In- und Ausland und damit gesicherte Arbeitsplätze,
- die Löhne und Gehälter gewinnen an Wert,

und:

Stabilere Preise sind wichtig, damit die Zinsen weiter sinken können.

„Eine wichtige Rolle für die weitere Senkung der Nominalzinsen werden daher vor allem weitere Fortschritte in der heimischen Inflationsbekämpfung spielen.“
(Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Januar 1983)

Das soziale Netz bleibt gesichert

Die solide und sparsame Haushaltspolitik der Regierung

Helmut Kohl hat bewirkt:

- Die Renten sind wieder sicher. Die Renten werden wie geplant am 1. Juli 1983 um 5,6 Prozent erhöht. Keine Rente wird gekürzt. Wenn die neue Regierung nicht sofort gehandelt hätte, wäre die Rentenversicherung spätestens im August 1983 zahlungsunfähig gewesen.
 - Das Arbeitslosengeld ist sicher. Ohne die Sofortmaßnahmen der Bundesregierung, die durch die SPD-Politik erzwungen worden sind, wäre die Bundesanstalt für Arbeit 1983 mit über 13 Mrd. DM ins Defizit geraten: noch nicht einmal das Arbeitslosengeld wäre bei der SPD gesichert gewesen.
 - Den Sozialstaat werden wir erhalten, indem wir seine wirtschaftlichen Fundamente festigen.
- Ziel unserer Sozialpolitik ist, die sozialen Leistungen auf die wirklich Hilfsbedürftigen zu konzentrieren.**

Der Wirtschaftsaufschwung hat begonnen

Industrie, Handel und Banken auf Aufwärtskurs

Das Programm der Regierung Helmut Kohl zur Wirtschaftsbelebung hat bewirkt:

Nach über zwei Jahren wirtschaftlichen Rückgangs haben wir im Sommer wieder Wachstum: In der zweiten Hälfte des Jahres 1983 wird sich das reale Bruttonsozialprodukt um ca. 2,5 Prozent erhöhen.

Aus der Industrie kommen deutliche Signale einer Belebung zum Jahresende 1982: der Bestelleingang nahm zu, die Produktionspläne werden wieder aufgestockt.

Im Industriebereich rechnen die Maschinenbauer mit einer Verbesserung der Exportchancen, die Büro- und Datentechnik meldet ebenso wie die Hersteller von Lastkraftwagen Mehrbestellungen.

Im Gebrauchsgüterbereich gehen Impulse vor allem von den Herstellern elektrotechnischer Gebrauchsgüter und von Personenkleinstwagen aus.

Im Verbrauchsgüterbereich wurde die Talfahrt gestoppt. Aufträge gingen verstärkt u. a. bei der Textilindustrie und der Bekleidungsindustrie ein.

Der Vorjahresvergleich liefert folgendes Bild:

Auftragseingang November und Dezember 1981 / November und Dezember 1982	
Verarbeitendes Gewerbe	+ 7,5 %
Investitionsgütergewerbe	+ 15 %
Verbrauchsgütergewerbe	+ 3 %

Im **Großhandel** hielten die bereits im November registrierten Besserungstendenzen auch im Dezember an. Im Fachzweig Werkzeuge und Maschinen z. B. haben die Umsätze im Dezember merklich zugenommen, obwohl üblicherweise die Umsätze im Dezember zurückgehen.

Im **Möbelhandel** überwog erstmals seit zwei Jahren der Anteil der Firmen, die im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum ein Umsatzplus erzielten.

Auch im **Einzelhandel** haben sich die im November festzustellenden Erhöhungstendenzen im Dezember fortgesetzt. Gebessert hat sich vor allem die Absatzsituation im Handel mit Hausrat und Wohnbedarf (Glas, Porzellan, Kera-

mik, Eisenwaren). Besondere Umsatzzuwächse meldet der Einzelhandel mit Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten. Auch der PKW-Absatz hat angezogen.

Auch die beiden Banken des Bundes (Lastenausgleichsbank und die Kreditanstalt für Wiederaufbau) spüren die wachsende Geschäftstätigkeit. Beide verzeichnen seit dem November einen deutlichen Anstieg bei den Kreditanträgen des gewerblichen Mittelstandes und der freien Berufe.

Die Hilfen für den Wohnungsbau kommen an Das Programm der Regierung Helmut Kohl zur Wirtschaftsbelebung hat bewirkt:

Banken, Sparkassen und Bausparkassen melden stürmische Nachfrage nach der staatlichen Zinsverbilligung von 2,5% für Bausparzwischenkredite. Dieses Programm ist bundesweit bereits zu mehr als 60% belegt.

Mitte Januar waren die verfügbaren Mittel z. B.

- in Baden-Württemberg zu 100%
 - in Bayern zu 100%
 - in Rheinland-Pfalz zu 100%
 - im Saarland zu 63%
 - in Niedersachsen zu 60%
 - in Nordrhein-Westfalen zu 40 bis 50%
- ausgeschöpft (Quelle: dpa vom 21. Januar 1983).

Dies wird einen Aufschwung beim Bau öffentlich geförderter und steuerbefreier günstiger Ein- und Zweifamilienhäuser und Eigentumswohnungen nach sich ziehen. Denn die Zinsverbilligung ist daran gebunden, daß der Auftrag für den Rohbau vor dem 1. Januar 1984 vergeben und der Rohbau vor dem 1. Juni 1984 fertiggestellt wird.

Seit Anfang Dezember wurden Anträge für 55000 neue Wohnungen gestellt (Bundesbauminister Schneider in „Bild“ vom 28. Januar 1983).

Flut von Bauanträgen Das Programm der Regierung Helmut Kohl zur Wirtschaftsbelebung hat bewirkt:

In vielen Bundesländern hat sich von Oktober bis Dezember 1982 die Zahl der Bauanträge zwischen 50 und 120% erhöht. In Stuttgart lag die Zahl der Bauanträge im Januar 1983 um 50% bis 60% höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (OB Manfred Rommel). Auch Düsseldorf meldet einen Bauboom. Allein im Dezember gingen 650 Bauanträge beim Bauordnungsamt ein.

Beispiele:

Bauanträge
Dezember 1981 Dezember 1982 Veränderung in
%

Düsseldorf	400	650	+ 62
Aachen	124	274	+ 121
Köln	433	764	+ 76
Duisburg	274	450	+ 64
Stuttgart	293	502	+ 71
Frankfurt	130	224	+ 72
München	744	1 268	+ 70
Nürnberg	193	346	+ 79
Landkreis Göttingen	64	131	+ 105
Kreis Fulda	110	270	+ 145
Kreis Simmern	126	213	+ 69

Auch die Versicherer wollen wieder mehr in den Mietwohnungsbau investieren. So stellten die Verbandsvertreter der Lebensversicherungsgesellschaften in Aussicht, „daß die über 100 Mitgliedsunternehmen 1983 ‚eine gute Milliarde Mark‘ für rund 6 000 neue Wohnungen ausgeben wollen“.

Im November nahm die Wohnungsbaunachfrage gegenüber Oktober real und saisonbereinigt um 9% zu. Das gesamte Auftragsvolumen des Bauhauptgewerbes lag im Oktober/November saisonbereinigt um 11 ½%, im Wohnungsbau sogar um 17 ½% über dem Tiefpunkt Ende 1981.

Rekordinvestitionen bei der Post

Das Programm der Regierung Helmut Kohl zur Wirtschaftsbelebung hat bewirkt:

Die Post sichert 200 000 Arbeitsplätze und weitet ihr Angebot an Ausbildungsplätzen auf 14 300 aus.

Die Bundespost hat ihre für 1983 vorgesehenen Investitionen nochmals um 600 Mio. DM auf 14,9 Mrd. DM aufgestockt. Damit investiert die Bundespost 1983 mehr als je zuvor.

Zu den größten Investitionsvorhaben der Post gehören die Kabelfernsehpilotprojekte in Ludwigshafen, München, Berlin und Dortmund. Diese Investitionen werden dem Tiefbau, dem Elektroinstallateur-, Fernseh- und Antennenbauhandwerk zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten bieten.

Parallel zu den Investitionen will die Bundespost 1983 ihr Angebot an Ausbildungsplätzen auf insgesamt 14 300 erhöhen. Den Schulabgängern des Jahres 1983 sollen allein 5 300 Ausbildungsplätze für die Berufe Fernmeldehandwerker, Elektro- und Kraftfahrzeugmechaniker angeboten werden.

Bundesregierung verstärkt ABM-Förderung

Das Programm der Regierung Helmut Kohl hat bewirkt:

26 000 Arbeitsplätze mehr

durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm stellte für 1983 den höchsten Förderungsrahmen für ABM zur Verfügung, der je im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit vorgesehen war. Damit sollen 1983 im Jahresdurchschnitt 56 000 Arbeitnehmer Arbeit über ABM-Maßnahmen erhalten. 1982 waren es ca. 30 000. Dabei sollen die ABM-Maßnahmen mehr als bisher den Jugendlichen helfen, den Hauptschulabschluß oder eine berufliche Qualifikation nachzuholen.

Die Jugendarbeitslosigkeit wird abgebaut

Die Regierung Helmut Kohl bekämpft die Jugendarbeitslosigkeit

Im Bundeshaushalt 1983 wurden

- zusätzlich über 200 Mio. DM für Bildungsbeihilfen eingestellt und
- die Mittel für berufliche Hilfen für benachteiligte Jugendliche um mehr als 25% auf 124 Mio. DM erhöht. Damit werden 1982/1983 ca. 6 000 Sonderschüler, Hauptschulabgänger ohne Abschluß, sozial benachteiligte Jugendliche sowie junge Ausländer im Rahmen dieses Programms gefördert. 1981/1982 lag die Zahl der geförderten Jugendlichen bei 2 000.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat bei den führenden Persönlichkeiten der im Kuratorium für Berufsbildung zusammengeschlossenen Verbänden der Wirtschaft eine rasche und nachhaltige Verbesserung der beruflichen Situation der Jugend erreicht.

Die Ergebnisse der Kanzlerinitiative sind:

- Für jeden Jugendlichen ist eine Lehrstelle da. Die Wirtschaft wird 1983 für alle Jugendlichen, die ausbildungsbereit und ausbildungsfähig sind, eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen anbieten.
- Zusätzlich zu dem Bestand an Ausbildungsplätzen (655 000) werden 30 000 neue Lehrstellen von der Wirtschaft zur Verfügung gestellt.
- Die Wirtschaft wird jungen Arbeitslosen, die ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind, ermöglichen, ein berufsorientierendes Jahr in Betrieben und überbetrieblichen Einrichtungen zu absolvieren.

Die Ergebnisse der Dokumentation belegen eindeutig:

- die Zuversicht in eine bessere Zukunft unseres Landes wächst,
- die Sparmaßnahmen der Bundesregierung tragen erste Früchte,
- der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland hat begonnen.

Mit ihrem Wahlprogramm von Dortmund zeigt die SPD, daß sie aus ihren

Fehlern, die zu Arbeitslosigkeit, hoher Staatsverschuldung und Firmenpleiten geführt haben, nichts gelernt hat.

Die Sozialdemokraten sind zu Gefälligkeitsdemokraten geworden: Sie versprechen allen alles, wollen noch mehr Schulden machen, die Zinsen wieder hochjagen und so den beginnenden Aufschwung abwürgen. Die SPD propagiert weiter ihre alten Wirtschaftsrezepte, die unser Land in die Krise geführt haben.

Der SPD-Kandidat Vogel will fast alle notwendigen Sparmaßnahmen zur Gesundung der Staatsfinanzen und der Wirtschaft wieder rückgängig machen und neue nutzlose Milliardenprogramme des Staates auflegen. Die Folge: hohe Staatsverschuldung, hohe Zinsen, keine Investitionen der Wirtschaft — mehr Arbeitslose.

Der SPD-Kandidat Vogel will das neue, verbesserte Mietrecht wieder rückgängig machen und lehnt die Wohnungsbaupolitik der Regierung Helmut Kohl ab.

Die Folge: Der Aufschwung in der Bauwirtschaft und damit auch in anderen Wirtschaftszweigen wird abgewürgt; es gibt weniger Wohnungen, die Mieten steigen, die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Allein für die Leute auf dem Bau bedeutet die Vogel-Politik 200 000 Arbeitslose mehr.

Vogel will Investitionen für zukunftsweisende Technologien — z. B. im Energie- und Medienbereich — blockieren. Die Folge: 100 000 neue Arbeitsplätze in krisensicheren Berufen können nicht geschaffen werden. Und die deutsche Industrie wird zweitklassig.

Das rotgrüne Bündnis gefährdet unseren Wohlstand. Der SPD-Kandidat Vogel will sich mit den Stimmen der Grünen zum Kanzler wählen lassen; er ist bereit, mit den grünen Maschinenstürmern gemeinsame Sache zu machen. Jeder muß wissen, was das bedeutet: Wirtschaftskrise als Dauerzustand, das Ende der sozialen Sicherheit, noch mehr Arbeitslose.

Es ist klar: Bei der kommenden Bundestagswahl geht es in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik um die Alternative:

RÜCKFALL IN DIE WIRTSCHAFTSKRISE MIT DER SPD ODER AUFSCHEWUNG MIT DER CDU

Mit ihrem Slogan „Aufwärts mit Deutschland. Jetzt den Aufschwung wählen“ stellt die CDU ihren begründeten Optimismus für eine bessere Zukunft unseres Landes an die Spitze ihrer Argumentation.

Die SPD lernt nichts dazu

Nur mit der CDU geht es aufwärts mit Deutschland

13 Jahre SPD-Politik haben uns Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Pleiten beschert. Das beweist: Die SPD versteht nichts von der Wirtschaft und lernt auch nichts dazu. So will SPD-Kandidat Vogel alle notwendigen Sparmaßnahmen wieder rückgängig machen und ist sogar bereit, mit den rot-grünen Maschinenstürmern gemeinsame Sache zu machen. Die schlimmen Folgen dieser Politik wären: Wirtschaftskrise als Dauerzustand, Ende der sozialen Sicherheit, mehr Arbeitslose.

Die Regierung Helmut Kohl ist auf dem richtigen Weg. Schon jetzt zeigt sich: Die Zinsen sinken, die Preise sind stabiler, es wird wieder gebaut, die Wirtschaft fasst wieder Tritt.

Arbeit, Frieden, Zukunft

Aufwärts mit
Deutschland

CDU

sicher
sozial
und frei